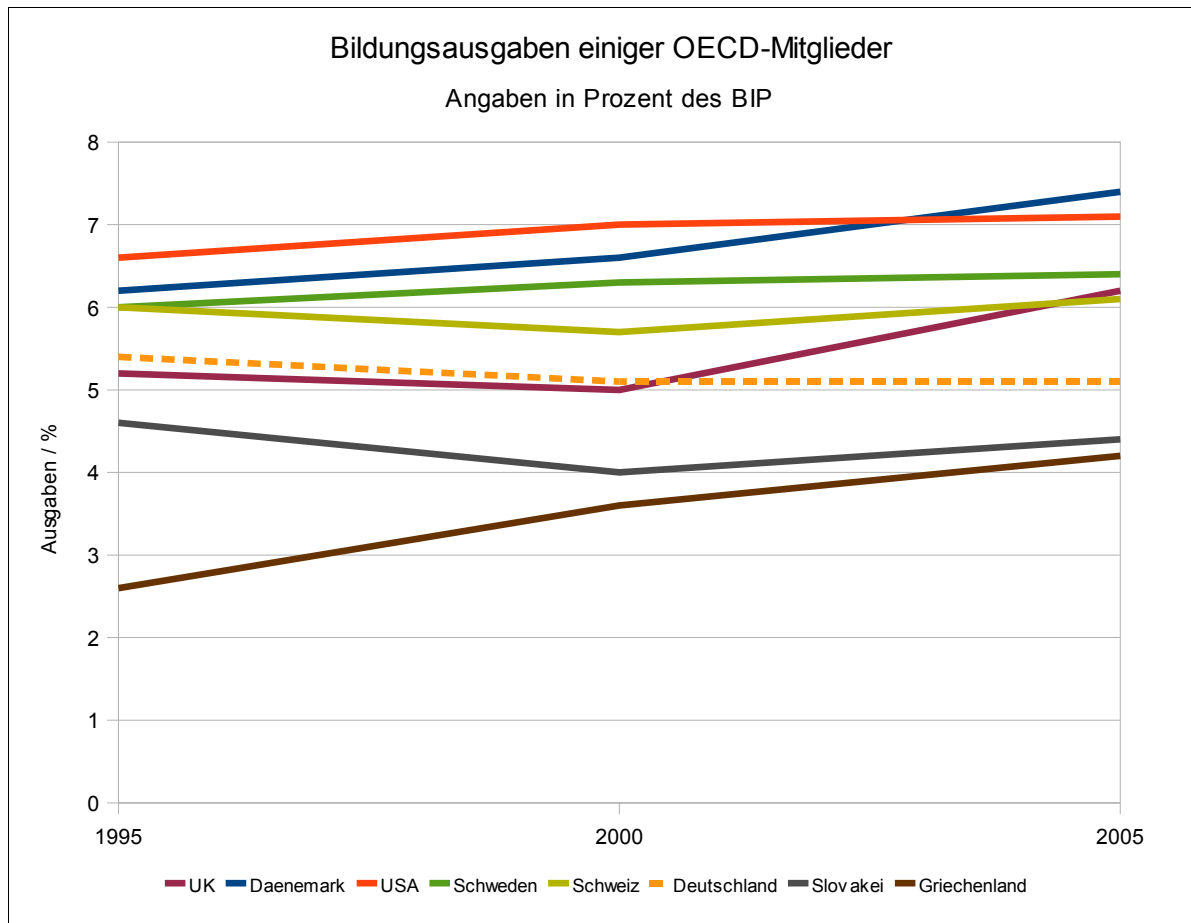


Nach Golde draengt, am Golde haengt doch alles

Neben den konzeptionellen Fehlentscheidungen der letzten Jahre (Bologna-Prozess, Foederalismusrefor) ist vornehmlich eine Ursache fuer die (unbestreitbaren) Missstaende im Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland auszumachen: Es mangelt an Geld. Von der flaechendeckenden Unterversorgung des Landes mit Kindergartenplaetzen, ueber Klassengroessen von teilweise mehr als 35 Schuelern bis hin zu baufaelligen Universitaetsgebaeuden, die laengst nicht mehr nur eine unangenehme, lernfeindliche Atmosphaere erzeugen, sondern mancherorts mit herabstuerzenden Fassadenteilen bereits zum Risiko fuer Leib und Leben geworden sind; alle diese Probleme erfordern, neben dem Loesungswillen in Gesellschaft und Politik, zur Beseitigung finanzielle Mittel.

Etwa 93 Mrd. Euro betragen die Bildungsausgaben der oeffentlichen Hand 2008. Bis vor kurzer Zeit mag man solche Summen noch als groß empfunden haben; unabhængig davon steht die Zahl aber zunaechst, mangels Vergleichsgroessen, allein im luftleeren Raum. In diesem Land, das sich nicht zuletzt ueber seinen Stand im internationalen Vergleich definiert, erscheint es daher nur angemessen, die deutschen Bildungsausgaben mit denen anderer Staaten ins Verhaeltnis zu setzen.

Seit 1996 veroeffentlicht die Organisation fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD jaehrlich den Bericht „Education at a Glance“, in dem wichtige Bildungsindikatoren der Mitgliedsstaaten, sowie einiger assoziierter Staaten, vergleichend aufgefuehrt werden. Der Bildungsbegriff des Berichts ist – zu Recht – breit gefasst und umfasst saemtliche Formen der Bildung, von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung. Um einen groben Ueberblick ueber die Wertschaetzung der Bildung in verschiedenen Staaten zu erhalten, waehle ich hier die Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Alle Daten entstammen dem OECD-Bericht „Education at a Glance“ aus dem Jahre 2008.



Auf den ersten Blick erkennt man die große Spannweite der Bildungsausgaben von vier bis (fast) acht Prozent. In Daenemark und den Vereinigten Staaten macht die Bildung mehr als sieben Prozent des BIP aus, womit beide Laender sich als Spitzengruppe deutlich absetzen. Griechenland und die Slovakei bilden mit vier bis viereinhalb Prozent die Schlusslichter bei den Ausgaben fuer Bildung, wobei Griechenland im vergangenen Jahrzehnt eine bemerkenswerte Aufholjagd absolviert hat. Im Durchschnitt gaben die Staaten der EU19 im Jahr 2005 5.5% fuer Bildung aus, in den OECD-Staaten waren es im selben Jahr 5.8%. Die Bundesrepublik bleibt mit 5.1% sowohl im europaeischen als auch im OECD-weiten Vergleich deutlich unter dem Durchschnitt; leider laesst ein Blick auf die Entwicklung seit 1995 auch

fuer die Zukunft kaum Hoffnung aufkommen. Waehrend die Bildungsausgaben spaetestens seit Beginn des dritten Jahrtausends in den meisten Laendern der OECD steigen, glaenzt Deutschland seit 1995 mit einem sinkenden Anteil der Bildung am BIP.

Natuerlich muss man zugeben, dass der Beitrag der Bildungsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt alleine noch kein endgueltiges Urteil ueber die Qualitaet der Bildung in einem Land zulaesst, insbesondere da diese Kennzahl nichts ueber die Pro-Kopf-Ausgaben aussagt. Nichtsdestotrotz handelt es sich dabei um einen Indikator fuer den Stellenwert der Bildung innerhalb einer Gesellschaft.

Im „Superwahljahr“ 2009 scheint sich diese Erkenntnis zunehmend auch in den etablierten Parteien durchgesetzt zu haben. Wirft man einen Blick in Wahlprogramme fuer die Europawahl sowie die Bundestagswahl, ergibt sich ein erstaunlich einheitliches Bild: CDU, SPD, FDP und DIE LINKE fordern, zukuenftig 10% des BIP fuer Forschung und Bildung einzusetzen; davon 7% explizit fuer Bildung. Die Gruenen haben bislang keine konkrete Zahl genannt, schlagen aber ebenso deutliche Mehrausgaben im Bereich Bildung vor.

Bei solcher Einstimmigkeit zwischen den Parteien draengt sich natuerlich die Frage auf, wieso bislang so wenig auf diesem Gebiet geschehen ist. So einheitlich die Forderungen klingen moegen, so sehr unterscheiden sie sich freilich im Detail: Die Frage nach der Finanzierung und der genauen Verwendung der zusaetzlich aufzuwendenden Mittel wird verschiedentlich beantwortet. So sprechen sich beispielsweise die Gruenen fuer europaeische Steuern, eine Erbschaftssteuerreform und die Abzweigung von Geldern des Solidaritaetszuschlages aus, waehrend DIE LINKE unter anderem Steuern auf hohe Einkommen und eine Boersenumsatzsteuer empfiehlt. Nicht zuletzt ist auch entscheidend, ob die versprochenen Mehrausgaben beispielsweise fuer eine Exzellenzinitiative eingesetzt werden, oder ob Maßnahmen ergriffen werden, die die Studienbedingungen in Deutschland fuer alle Studenten verbessern.

Wie gezeigt wurde, gibt es in Deutschland großen Nachholbedarf bei der Finanzierung des Forschungs- und Bildungssektors. Dieses Problem laesst sich nur mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens loesen, weshalb es unabdingbar ist, der Gesellschaft die Bedeutung von Bildung zu vermitteln. Schließlich ist Bildung die Substanz aus der die Zukunft einer Gesellschaft beschaffen ist. Jeder Euro, den man heute nicht in Bildung und Forschung investiert, erleichtert zwar heute die Haushaltsplanung, wird sich aber auf Dauer in sinkender Lebensqualitaet manifestieren.

LUCAS FEICHT, 2009-06-02

Quellen

- Vorstandsbeschluss der CDU vom 2008-10-13, <http://www.cdu.de/doc/pdfc/081013-beschluss-bildungsrepublik.pdf>
Wahlprogramm der CDU zur Europawahl 2009, S. 4
http://www.kandidatenwatch.de/images/programme/cdu_wahlprogramm_europa_original.pdf
Wahlprogramm der SPD zur Europawahl 2009, S. 5
http://www.kandidatenwatch.de/images/programme/spd_europamanifest_2009_final.pdf
Frank-Walter Steinmeier, http://www.frankwaltersteinmeier.de/aktuelles/meldungen/detail/090425_gew-gewerkschaftstag.html
Wahlprogramm der FDP zur Europawahl 2009, S. 12
http://www.kandidatenwatch.de/images/programme/fdp_europawahlprogramm2009.pdf
Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2009, S. 43
<http://www.deutschlandprogramm.de/files/653/FDP-Bundestagswahlprogramm2009.pdf>
Wahlprogramm der Grünen zur Europawahl 2009, S. 107
http://www.kandidatenwatch.de/images/programme/europawahlprogramm_gruene.pdf
Entwurf des Wahlprogramms der Grünen zur Bundestagswahl 2009, S. 33
http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/273/273696.090303_entwurf_bundestagswahlprogramm.pdf
Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2009, S. 15
http://www.kandidatenwatch.de/images/programme/die_linke_europawahlprogramm2009_neu.pdf
Entwurf des Wahlprogramms der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2009, S. 6
http://die-linke.de/fileadmin/tpl/gfx/wahlen/pdf/BTW_Wahlprogramm_full_final_revMS_090511-0135.pdf
Education at a Glance 2008: OECD Indicators
http://www.oecd.org/document/9/0,3343,en_2649_39263238_41266761_1_1_1_1,00.html
Handelsblatt vom 2009-05-03
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/finanzminister-treten-bei-bildungsausgaben-auf-die-bremse:2262917>